



Sierraleonerefugees.noblogs.org
Email: sierraleonerefugees@gmail.com

An den Bayerischen Staatsminister des
Innern, für Sport und Integration
Herr Joachim Herrmann

München, Mai 2022

Offener Brief des Sierra Leone Protestcamps

Sehr geehrter Herr Integrationsminister Herrmann,

wir - das sierra-leonische Protestcamp und unterstützende Organisationen und Einzelpersonen - wenden uns an Sie mit der Bitte um Gehör für unser Anliegen.

Seit dem 18. Oktober 2021 besteht das Sierra Leone Protestcamp in Form einer Dauerkundgebung in München.

Die Forderungen sind:

- Bleibeperspektiven für geduldete Geflüchtete
- Abschaffung von Arbeits- und Ausbittungsverboten
- Stopp der Abschiebungen nach Sierra Leone

Ein Großteil der Protestierenden lebt seit vielen Jahren in Bayern. Sie sind aktiv in Vereinen, haben Arbeits- und Ausbildungsplätze gefunden, besuchen deutsche Schulen. Trotzdem wird ihnen oftmals die Möglichkeit verwehrt zu arbeiten und sich zu integrieren. Zahlreiche Geflüchtete werden so zu Untätigkeit ohne Zukunftsperspektive gezwungen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung sieht einige Änderungen vor, die Perspektiven für geduldete Geflüchtete öffnen.

Auch Kardinal Marx nannte bei einem Besuch am Protestcamp am 7. April 2022 den „Spurenwechsel“ des Koalitionsvertrags eine „gute Idee“.

Die überwältigende Unterstützung für ukrainische Geflüchtete zeigt:

Ein Spurenwechsel für eine humanere Geflüchtetenpolitik ist auch im aktuellen gesetzlichen Rahmen in Bayern möglich!

Bestehende Handlungs- und Ermessensspielräume können genutzt werden:

> Passlosigkeit und Mitwirkungspflicht

Zur Klärung der Identität wird von Ausländerbehörden die Vorlage eines Reisepasses gefordert. Die Beschaffung von sierra-leonischen Reisepässen ist in Deutschland jedoch nicht möglich: Die sierra-leonische Botschaft in Berlin stellt keine Reisepässe aus. In Sierra Leone werden Pässe nur bei persönlicher Anwesenheit ausgestellt, Vertretung wird nicht akzeptiert.

Diese Informationen liegen auch dem Landesamt für Asyl und Rückführung vor, wie aus aktuellen Gerichtsurteilen zu Strafverfahren wegen Passlosigkeit hervorgeht.

Folgen sind die Nicht-Erteilung der Arbeits- und Ausbildungserlaubnis sowie Leistungskürzungen und Aufenthaltsbeschränkungen. Die Fahrt aus abgelegenen Unterkünften zu Beratungsstellen und psychosozialer Unterstützung wird so verunmöglicht. Dies erschwert den Betroffenen die Teilhabe an der Gesellschaft und verringert Chancen auf eine Bleibeperspektive.

Die zuständigen Ausländerbehörden können die Passlosigkeit der Betroffenen innerhalb des Ermessensspielraums angesichts der bestehenden Faktenlage anders bewerten und Entscheidungen im Sinne der Betroffenen treffen.

> Erteilung von Ausbildungs- und Arbeitserlaubnissen

Den Betroffenen wird die Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis verweigert. Die Ausländerbehörden entscheiden sich aufgrund fehlender Passdokumente oftmals gegen die Erteilung der Erlaubnis. Viele Betroffene hätten die Möglichkeit, eine Berufsausbildung hier zu beginnen oder von ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt zu sichern, dürfen aber nicht. Stattdessen wurden sie die letzten Jahre in Abhängigkeit zu Sozialleistungen gehalten.

Angesichts von Fachkräftemangel und offenen Ausbildungsstellen ist dieses Vorgehen auch aus ökonomischer Sicht unverständlich. Bleibeperspektiven durch Ausbildung und Integration werden den Betroffenen dadurch verwehrt.

> Verzicht auf die Nachholung des Visumverfahrens für Ausbildungserlaubnis und zur Familienzusammenführung

Geflüchtete, die eine Ausbildungserlaubnis oder eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen beantragen, werden vielfach aufgefordert auszureisen, um ein Visumverfahren nachzuholen.

In Sierra Leone werden keine deutschen Visa ausgestellt. Deshalb müssen Betroffene für das Visumverfahren nach Ghana reisen.

Für Familien bedeutet das zum Beispiel, dass eine Mutter mit neugeborenem Kind für unbestimmte Zeit und ohne Gewissheit auf Rückkehr vom Vater des Kindes getrennt ist. Ohne familiäre Anbindung und örtliche Kenntnisse wird das Visumverfahren finanziell unerschwinglich und unberechenbar.

Die Trennung der Familien widerspricht dem im Grundgesetz verankerten Schutz von Ehe und Familie.

Auch die bayerischen Betriebe benötigen Planungssicherheit bei der Zusage von Ausbildungs- und Arbeitsverträgen.

Die Menschen aus Sierra Leone möchten arbeiten, einen Teil zur Gesellschaft beitragen und sich integrieren. Wir bitten Sie, sich an ihre Seite zu stellen.

Über eine Rückmeldung und ein Gespräch mit Ihnen würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Das Sierra Leone Protestcamp

Mitunterzeichner innen: